



Bekeris berichtet aus der Bürgerschaft

SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 02/2011

26. April 2011

Packen wir es an! Für ein modernes Hamburg!



Foto: Michael Zapf
Der neue Senat

Mit einer überwältigenden Mehrheit haben die Hamburgerinnen und Hamburger am 20. Februar für die SPD mit Olaf Scholz an ihrer Spitze gestimmt. 48,4 Prozent bedeuten eine absolute Mehrheit für die SPD, die somit keine Koalition mit einer anderen Partei eingehen musste, um den Senat zu stellen. Nachdem Olaf Scholz am 7. März von der Hamburgischen Bürgerschaft zum ersten Bürgermeister gewählt wurde, bestätigte das Parlament am 23. März die neuen Senatorinnen und Senatoren. Die Regierungs-

mannschaft um Olaf Scholz stellt eine gute Mischung aus Hamburg-Erfahrenen und Externen, aus SPD-Eigengewachsenen, Fachleuten aus Wirtschaft und Gewerkschaften und nicht zuletzt bei einer Frauenquote von 45 Prozent auch aus Männern und Frauen dar.

Inhaltlich kann sich die Regierung ohne die Notwendigkeit von Koalitionskompromissen auf die Umsetzung des Wahlprogramms konzentrieren. Erste Maßnahmen sind schon angekündigt: bis 2020 sollen alle U-Bahnhöfe barrierefrei sein, ab August wird die Kita-Gebührenerhöhung zurückgenommen und das Mittagessen kostenlos sein, ab dem Wintersemester 2012 wird es keine Studiengebühren mehr geben und Hamburg wird sich an der Klage gegen die Laufzeitverlänge-

rung der Atomkraftwerke beteiligen. Vieles andere mehr ist bereits auf dem Weg gebracht worden, aber in den ersten Wochen ist auch klar geworden, dass die finanziell angespannte Lage der Stadt nur wenige kostenintensive Projekte erlaubt aber viele harte Einsparungen mit sich bringen wird. Ein Vorschmack darauf bot die Diskussion um den Rückgang der 1-Euro-Jobs. Die Kürzungen des Bundes können hier von der Stadt nicht aufgefangen werden.

Trotzdem ist die Freude und Zuversicht in der SPD-Fraktion groß, nun ein modernes Hamburg mitgestalten zu können. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für ein sozial gerechtes und lebenswertes Hamburg!

In dieser Ausgabe:

SPD STARK IN BEZIRK UND WAHLKREIS	2
KURZ NOTIERT	2
NEUE AUFGABEN FÜR KSENIJA BEKERIS IN DER BÜRGERSCHAFT	3
WINTERNOTPROGRAMM FÜR OBDACHLOSE ENDET	3
KONTAKT ZUM WAHLKREISBÜRO	4
LESETIPP: STÉPHANE HESSEL: EMPÖRT EUCH!	4
VERANSTALTUNGSTIPP: DEMONSTRATION AM 1. MAI	4

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

Konnte das wirklich niemand vorhersehen? Die Katastrophe in Fukushima

Bundeskanzlerin Merkel verkündete nach der Atomkatastrophe in Fukushima, diese Katastrophe lehre, „dass Risiken, die für absolut unwahrscheinlich gehalten wurden, doch nicht vollends unwahrscheinlich sind.“ Aber nur die AtomlobbyistInnen von FDP und

CDU/CSU und den großen Energiekonzernen hatten stets verkündet, dass solche Ereignisse „absolut unwahrscheinlich“ seien. Viele Menschen hatten das schon zuvor nicht geglaubt. Seit den 1970er Jahren gibt es großen Widerstand in der Bevölkerung gegen Atomkraft

in Deutschland. Harrisburg, Tschernobyl und viele weitere Störfälle und Unfälle haben gezeigt, dass das „Restrisiko“ nicht beherrschbar ist.

Die AtomlobbyistInnen haben stets behauptet, dass Atomstrom sauber sei – oh-

ne beispielsweise die Ver-seuchung der Umwelt mit Quecksilber beim Uranabbau, die CO2-Produktion bei der Urangewinnung oder die nie gelöste Endlagerfrage zu berücksichtigen. Auch nach der Abschaltung der ältesten Mei-

Fortsetzung auf S. 2

Bekeris berichtet aus der Bürgerschaft

Fortsetzung: Kommentar Fukushima

ler gingen in Deutschland nicht die Lichter aus, so wie es die AngstmacherInnen zuvor stets behauptet hatten. Die angebliche „Brückentechnologie“ ist nicht nötig – aber sehr gefährlich.

Seit dem Nürnberger Parteitag 1986 steht die SPD für einen entschiedenen Atomausstieg. Die rotgrüne Bundesregierung setzte mit dem Atomkonsens den Atomausstieg durch. Die Aufkündigung des Atomkonsenses

und die Verlängerung der Laufzeiten im vergangenen Herbst waren ein Kniefall von Merkel und der Bundesregierung vor den großen Stromkonzernen. Hier zeigt sich, dass die Bundesregierung die Interessen von vier Energiekonzernen über die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung stellt.

Das dreimonatige Moratorium ist lediglich ein wahl- und parteitaktisches Manöver. Der Atomausstieg muss statt-

dessen konsequent angegangen werden. Denn neben der Frage der Sicherheit der AKW bleibt die Frage der Endlagerung ungeklärt. Der Versuch, den völlig ungeeigneten Standort in Gorleben auf Biegen und Brechen durchzusetzen, muss gestoppt werden. Der Umstieg auf erneuerbare Energien muss entschieden voran getrieben werden.



Foto: SPD Fraktion Hamburg Nord
Die SPD-Bezirksfraktion

SPD stark in Bezirk und Wahlkreis

Auch im Bezirk konnte die SPD einen tollen Wahlsieg verbuchen. Mit 24 von 51 Sitzen stellt die SPD klar die größte Fraktion. Allerdings ist hier ein Koalitionspartner von Nöten. Nach Sondierungen mit allen Parteien außer der CDU laufen zurzeit konkrete Verhandlungen mit der FDP. Vor dem landes- und bundespolitischen Parteienbild ist dies eine ungewöhnliche Entscheidung. Die Nähe von SPD und FDP bei bezirksrelevanten Themen und die Erfahrungen aus der vergangenen Wahlperiode kommen hier zum Tragen.

Das sehr gute Ergebnis im Wahlkreis Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg führte dazu, dass sechs SPD-Abgeordnete direkt gewählt wurden. Dies sind Neithard Genz, der die Fraktion als Sprecher für Bildung, Kultur und Sport sowie als Sprecher für den Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg vertreten wird, Maria Buter und Martin Badel, Sprecher des Jugendhilfeausschusses. Dazu Jenny Sobotta, Alice Otto und Daniela Schwabe.

Mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher Ralf-Georg Gronau sowie Christopher Leineweber konnten dazu zwei im Wahlkreis verankerte Kandidaten ein Mandat über die Bezirksliste erringen.

Kontakt zu den Bezirksabgeordneten kann über das Fraktionsbüro in der Martinistraße 31/33, Tel.: 462326 oder über das Abgeordnetenbüro von Ksenija Bekeris (s. S. 4) hergestellt werden.

KSENIJA BEKERIS:
„NUR MIT EINER
KOORDINIERUNGS-
STELLE WIRD DAS
BARMBEK BASCH
WEITER SO
ERFOLGREICH
ARBEITEN
KÖNNEN.“

Kurz notiert:

Soziale Infrastruktur Dulsberg: Ende 2010 haben wir über die bedrohliche Personalsituation bei mehreren sozialen Einrichtungen auf dem Dulsberg berichtet. Nun eine erfreuliche Nachricht: die seit knapp einem Jahr offene Stelle im Haus der Jugend Alter Teichweg wird durch eine Erzieherin aus einem anderen Haus wieder besetzt. Dazu ist die vakante halbe Leitungsstelle im Spielhaus Dulsberg ausgeschrieben.

Barmbek Basch, Barmbek-Süd: Eröffnet Ende 2009 ist das Barmbek-Basch als Stadtteilzentrum nicht mehr wegzudenken. Vielerlei Angebote nicht nur aber vor allem für Familien, Kinder und SeniorInnen finden hier statt. Die Koordinierung dieser Angebote ist unerlässlich, wenn das Barmbek-Basch seine Arbeit erfolgreich fortsetzen soll. Deshalb unterstützt Ksenija Bekeris gemeinsam mit der Bezirks-Fraktion den Erhalt der Koordinierungsstelle über den August diesen Jahres hinaus.

Neue Aufgaben für Ksenija Bekeris in der Bürgerschaft SPD-Fraktion gut aufgestellt für die kommenden 4 Jahre

Nach der Regierungsbildung hat sich auch die 62 Köpfe umfassende SPD-Fraktion in der Bürgerschaft neu aufgestellt. Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wurde der Wandsbeker Innenpolitiker Andreas Dressel gewählt. Zu seinen StellvertreterInnen gehört neben Gabriele Dobusch (Altona) und Thomas Völsch (Harburg) auch Ksenija Bekeris (Nord). Als Parlamentarischer Geschäftsführer ist fortan der Abgeord-

nete Dirk Kienscherf aus Hamburg-Mitte tätig.

Neben ihrer Funktion als stv. Fraktionsvorsitzende fungiert Ksenija Bekeris in Zukunft auch als sozialpolitische Sprecherin der Fraktion. Damit einher geht die Koordinierung der Fraktionstätigkeit im Bereich Soziales und Arbeit. „Ich freue mich auf meine neuen Aufgaben und nehme die damit verbundenen Herausforderungen ger-

ne an. Gemeinsam mit meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen möchte ich dafür sorgen, dass die soziale Spaltung in Hamburg erfolgreich bekämpft wird“ kommentiert Ksenija Bekeris ihre neue Rolle in der Fraktion.

Ergänzend zu ihrer Mitgliedschaft im Sozial- und Arbeitsausschuss wird Ksenija Bekeris dem Haushaltsausschuss angehören.



Foto: Axel Andersson

Ksenija Bekeris und Neithard Genz im Bürgerschaftswahlkampf

Winternotprogramm für Obdachlose endet Bilanz zeigt Versäumnisse des abgewählten schwarz-grünen Senats

Eine Auslastung von bis zu 100 Prozent, eine desolater sanitärer Standard im kurzfristig geöffneten Tiefbunker am Hachmannplatz und zwei Erfrorene – die Bilanz des Winternotprogramms fällt in diesem Jahr nicht gut aus. Wie in den Jahren zuvor stellte die Sozialbehörde in Kooperation mit Kirchengemeinden 200 Notschlafplätze für die kalte Jahreszeit zur Verfügung. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen in diesem Winter reichten 200 Plätze aber bei weitem nicht aus – das war schon im Sommer 2010 absehbar. Hintergrund der Zuspitzung ist vor allem die angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt und die steigende Zahl an Flüchtlingen, die ebenso wie Wohnungslose die öffentlichen Unterbringung nutzen. Alarmiert durch den Ansturm auf die Notunterkünfte, öffnete der Senat Anfang Dezember den Tief-

bunker am Hachmannplatz, der durch seinen skandalösen Unterbringungsstandard (Sanitäreinrichtungen, 30 Männer in einem Raum, keine Heizung) für Schlagzeilen sorgte. Die Sozialbehörde beugte sich schließlich dem öffentlichen Druck und öffnete als Alternative zum Bunker ein Pflegeheim in Jenfeld als Erfrierungsschutz. Selbst diese einfachsten Unterkünfte waren stark ausgelastet.

Als Konsequenz aus dem diesjährigen Winternotprogramm fordert Ksenija Bekeris, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, eine vorausschauende Planung für den nächsten Winter unter Einbeziehung der maßgeblichen Rahmenbedingungen. Es wird dabei insbesondere zu beachten sein, inwiefern die Wohnungsbaupläne des SPD-Senats bereits für eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sorgen können.

Zudem ist auch in diesem Winter deutlich geworden, dass acht Wohncontainerplätze südlich der Elbe zu wenig sind. Beide zu beklagenden Toten dieses Winters sind im Hamburger Süden erfroren. Hier müssen mehr Notschlafplätzen angeboten werden.

Für Ksenija Bekeris ist allerdings bei alledem auch klar: „Insgesamt muss eine Verbesserung des Winternotprogramms im Zusammenhang mit der generellen Bekämpfung von Wohnungslosigkeit betrachtet werden“. Die SPD-Fraktion fordert eine zielgruppenorientierte Vermittlung von Wohnungslosen und begrüßt deshalb den ersten Schritt des neuen Senats, das Barka-Projekt der Stadtmission für osteuropäische Obdachlose finanziell zu unterstützen.

KSENIJA BEKERIS:

„DURCH EINE FRÜHZEITIGE UND VORAUS-SCHAUENDE PLANUNG MUSS DAS WINTERNOT-PROGRAMM IM NÄCHSTEN JAHR AUSREICHEND PLÄTZE ZUR VERFÜGUNG STELLEN“

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

MEIN WAHLKREISBÜRO IM HERZEN BARMBEKS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris

Büroleitung: Beate Schmid-Janssen
Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 51906908

Fax: 040 51906910

E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di-Fr 9-13 Uhr

Mi: 9-19 Uhr

Ausschüsse:

- Arbeit, Soziales und Integration
- Haushalt

Webseite:

www.ksenija-bekeris.de



Foto: Beate Schmid-Janssen

Das Abgeordnetenbüro von Ksenija Bekeris

Lesetipp: Stéphane Hessel: Empört Euch!



Foto: Ullstein

Verlag: Ullstein

Seiten: 32 Seiten

Preis: 3,99 Euro

Es ist kurz aber ungemein aufrüttelnd. Der nur wenige Seiten umfassende Aufruf „Empört Euch!“ von Stéphane Hessel ist ein wütender Appell gegen den Finanzmarktkapitalismus und für den Erhalt der sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Er ist ein Appell, nicht gleichgültig zu sein, sondern in der Empörung die Kraft zu finden, Widerstand zu leisten gegen Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Der Franzose Stéphane Hessel ist 93 Jahre alt, war für die Résistance aktiv und

überlebte das KZ Buchenwald. Nach dem Zweiten Weltkrieg vertrat er Frankreich als Diplomat unter anderem bei den Vereinten Nationen. Der Hintergrund des Autors ist nicht unwichtig, wenn man die Wirkung seines Aufrufs verstehen will. In Frankreich wurde er seit Ende Oktober letzten Jahres zigtausend Mal verkauft. Seit Februar ist das schmale Heftlein auch in deutscher Sprache erhältlich.

Hessel bezieht sich zwar in großen Teilen auf Frankreich. Die dortigen jüngsten

Entwicklungen sind aber mit unseren vergleichbar.

Bestechend ist zum Beispiel eine Passage zu den sozialen Errungenschaften der Résistance: „Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld fehlen, da doch die Produktion seit der Befreiung beträchtlich gewachsen ist, während Europa damals in Trümmern lag?“

Wer könnte sich da nicht empören?

Veranstaltungstipp: Demonstration am 1. Mai Das ist das Mindeste! Faire Löhne. Gute Arbeit. Soziale Sicherheit

Gemeinsam mit den Gewerkschaften wird die SPD am 1. Mai, dem Kampftag der ArbeiterInnenbewegung, demonstrieren. In Hamburg beginnt die Hauptdemonstration am Gewerkschaftshaus und führt dann bis zum Museum der Arbeit, wo eine Schlusskundgebung stattfinden wird.

Die Maikundgebungen stehen in diesem Jahr unter dem Motto „Das ist das Mindeste! Faire Löhne. Gute Arbeit. Soziale Sicherheit“. Und das nicht von ungefähr. Ab dem 1. Mai gilt die volle ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit innerhalb der EU auch für die ArbeitnehmerInnen aus den 2004 beigetretenen mittel- und osteuropäi-

schen Ländern. Ohne einen gesetzlichen Mindestlohn aber besteht die Gefahr eines Lohndumpings.

Die Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist also auch in diesem Jahr ein guter Grund, auf die Straße zu gehen!